

TOP 3

Landesregierung muss endlich "Courage" zeigen: Schluss mit dem Experimentieren auf dem Rücken der Kinder - Gymnasien brauchen den Ganztag

Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Ute Schäfer MdL

anlässlich
der Plenarsitzung am 21. Februar 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Drei Fragen möchte ich angesichts der Diskussion um das Turbo Abitur in der heutigen Debatte aufwerfen:

Warum haben Sie alle Erkenntnisse anderer Länder wie Hessen und Bayern, alle Meinungen von Expertinnen und Experten in den Anhörungen zu dem von Ihnen zu verantwortenden Gesetz zum Abitur nach 12 Jahren in den Wind geschlagen?

Warum gehen Sie in einer so arroganten Art und Weise mit den berechtigten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern, den Lehrern und Lehrerinnen und den Kommunen um?

Warum lassen sich die Landeselternschaft der Gymnasien, der Philologenverband und die Direktorenvereinigung der Gymnasien beim Turbo Abitur auf diese nachgearbeitete Flickschusterei ein?

Was ist also in NRW bei der Umsetzung des Turbo-Abiturs schief gelaufen?

In anderen Bundesländern hatte die aufgeladene Diskussion über das G8 längst begonnen. Das Modell 5 Jahre Sekundarstufe I und 3 Jahre Sekundarstufe II legt den überwiegenden Teil der Schulzeitverkürzung in die unteren Jahrgänge des Gymnasiums. Nach kurzer Zeit liefen Elternverbände Sturm gegen diese überstürzt eingeführte Verkürzung ohne entsprechende räumliche und fachliche Unterstützung.

Alle, die ein Gespür für schulischen Alltag haben, haben bei der von Ihnen geplanten Variante in Beratungen zum Schulgesetz darauf hingewiesen, dass hier Ganztagsbedarf besteht mit einem pädagogisch begründeten Ganztage, begleitend aufgebaut von Klasse 5/6.

Alle, die eine Ahnung davon haben, was die Auswirkung der möglichen Verdichtung des Lernstoffs angeht, haben darauf hingewiesen, dass man eine Schulzeitverkürzung nur mit einem begleitenden Ganztage umsetzen kann.

12 Jahre statt 13 Jahre - das bedeutet Ganztage statt Halbtage.

Nachdem ihr erster Befreiungsschlag "Samstag statt Ganztage" in einem bildungspolitischen Superflop geendet ist, haben Sie erstmal nichts mehr getan.

Abgesehen davon, alle Anträge der SPD zur Ausweitung des Ganztags an allen weiterführenden Schulen abzulehnen.

Kurz danach hat die Ministerin zwar dann in der Presse fabuliert, sie fände das ja eigentlich auch sinnvoll, müsse aber erstmal den Ministerpräsidenten fragen.

Das hat auch nicht wirklich zu einer Beruhigung des Klimas an den betroffenen Schulen geführt.

Und als das Thema in ganz NRW immer höhere Wellen schlug, da trat der Pressesprecher der Ministerin auf den Plan. Diesmal hat er keine 100 Euro - Frage parat, aber eine Billiglösung für das Land NRW:

Er verweist auf die Zuständigkeit der Kommunen beim Ganzttag und sagt wörtlich: "Es muss ja nicht immer gleich eine Mensa gebaut werden. Ein paar Tische und Stühle zusammenrücken und einen Essenslieferanten bestellen. Das reicht doch auch." (Westf.Rundschau 26.1.08)

Sekundiert wird er dann von seiner Ministerin, die den ernst gemeinten Vorschlag macht, die Verlage sollten in den Schulbüchern fett drucken, was man denn wirklich lernen müsse bis zum Abitur, das wäre dann eine wunderbare Hilfe bei der Lernstoffverdichtung. Bildungsfachleuten, Eltern, Lehrern und Schülerinnen und Schülern müssen diese Aussagen wie blanker Hohn in den Ohren klingen.

Mit welchem Recht gehen Sie so oberflächlich mit den Menschen im Land um, mit den Kindern und Jugendlichen, die Ihnen so am Herzen liegen.

Das Ergebnis Ihrer Politik erleben Sie jetzt bei den Anmeldungen zum Gymnasium und zu den Gesamtschulen. Aus Paderborn weiß ich konkret, dass an zwei Gymnasien die Anmeldungen dramatisch zurückgegangen sind und eine der zwei Gesamtschulen dort 200 Eltern eine persönliche Absage erteilen muss, weil nur 174 Kindern aufgenommen werden können, sich aber 374 angemeldet haben. Die Eltern wollen den Ganzttag, weil sie das mittlerweile aus der Grundschule so gewohnt sind und sie wollen Ihr Turbo Abi nicht.

Hätten Sie doch nicht alles in Bausch und Bogen verworfen, was Sie vorgefunden haben. Rot-Grün hatte folgendes auf den Weg gebracht: Die Sekundarstufe I am Gymnasium dauert weiterhin bis zum 10. Schuljahr. Wir hatten vorgesehen, dass der Ganzttag mit den 170 Millionen, die Sie allein in die Hauptschulen gesteckt haben, für den Aufbau des Ganztags an allen weiterführenden Schulen eingesetzt wird. Diesen Ausbau habe ich in meiner Regierungserklärung angekündigt. Auf ausdrücklichen Wunsch von Bündnis 90/Die Grünen war auch geplant, dass die Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchgeführt werden kann und zwar an Gesamtschulen und Gymnasien.

Das war ein Modell der Schulzeitverkürzung, das jede Möglichkeit bot, sich den individuellen Lernbedürfnissen und Möglichkeiten eines einzelnen jungen Menschen anzupassen.

Ich habe die Frage nach der Zustimmung von Elternverbänden, Philologenverband und Direktorenvereinigung der Gymnasien zu Ihrer Flickschusterei am Turbo Abi gestellt.

Ich kann nicht nachvollziehen, warum Interessenverbände diese Billiglösung mittragen und nicht mit Vehemenz einen sorgfältigen Umgang mit der Lebenszeit und der Bildungssituation der Schülerinnen und Schüler einfordern.

Das Klima im Land ist aufgeheizt und nach der Hessen Wahl verstehe ich auch Ihre Nervosität. Machen Sie also endlich ein Angebot, bei dem man von einem pädagogischen Ganztage sprechen kann und lassen Sie die Kommunen dabei nicht länger im Regen stehen. Das Spiel linke Tasche rechte Tasche, das Sie den Kommunen mit der Erhöhung der Schulpauschale zumuten, ist unwürdig.

Zwei Anmerkungen zum Schluss:

Bemerkenswert ist die Rolle der FDP, immerhin eine der regierungstragenden Parteien. In der Haushaltsberatung lehnt sie alles ab, was den Ganztage an allen weiterführenden Schulen angeht, lässt die Ministerin bei allen berechtigten Vorwürfen im Regen stehen und tritt ihr dann auch noch ins Kreuz - in Person des Generalsekretärs.

Die zweite Anmerkung bezieht sich noch mal auf das Abitur nach 12 Jahren. Wir alle und auch Sie argumentieren ja immer mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb braucht man auch in Deutschland das Abitur nach 12 Jahren. Nun wissen wir ja, dass in vielen anderen Ländern die Erfolge in der Quote und der Leistung der Abiturienten über unseren liegt. In allen anderen europäischen Ländern - bis auf Österreich - erreichen sie dies, indem sie ihre Schüler und Schülerinnen über längere gemeinsame Lernzeiten zum Abitur führen - mit dem Ergebnis, dass die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht so auseinanderklafft wie bei uns.

Gleiche Chancen für alle heißt nicht gleiche Ergebnisse für alle, heißt aber vor allem eins:

Bildungsgerechtigkeit - und die geht in der Art und Weise, wie Sie die Bildungspolitik des größten Landes in Deutschland gestalten, Zug um Zug baden.